

## Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen

**Sitzungstermin:** Donnerstag, 30.11.2023  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:59 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

### Anwesend:

**Vorsitzender**  
Renken, Bernd

**SPD-Fraktion**  
Hemken, Harald  
Stomberg, Holger  
Strelow, Gregor  
Winter, Maria

**CDU-Fraktion**  
Hegewald, Reinhard  
Verlee, Gerold

**Gruppe GRÜNE feat. Urmel**  
Borchers, Sebastian

**FDP-Fraktion**  
Bolinus, Erich

**GfE-Fraktion**  
Martens, Michael für Bernd Janssen

**Gruppe DIE FRAKTION**  
Mennenga, Lars für Stefan Luitjens

**Verwaltungsvorstand**  
Jahnke, Horst  
Grendel, Volker (bis 18:26 Uhr)

**von der Verwaltung**  
Jakobs, Stefan  
Behrens, Sebastian  
Bakker, Markus  
Hensmann, Rainer

**Protokollführung**  
Klaaßen, Celina

## Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.11.2023

### Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

**Herr Renken** begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

**Herr Renken** weist darauf hin, dass die Vorlage 18/072 nachträglich in die Tagesordnung mitaufgenommen worden sei.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 3 Genehmigung des Protokolls Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 10.10.2023

**Beschluss:** Das Protokoll Nr. 16 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 10.10.2023 wird genehmigt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

### **B E S C H L U S S V O R L A G E N**

TOP 5 Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2024  
Vorlage: 18/0983

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die Haushaltssatzung und das Investitionsprogramm der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2024.

Für den Haushaltsentwurf werden die vorgelegten Rahmendaten zum Haushalt 2024 sowie die weitere Finanzplanung 2025 bis 2027 für den Ergebnishaushalt und das Investitionsprogramm vorgestellt.

**Ergebnis:** Diese Vorlage wurde ersetzt

## **Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.11.2023**

TOP 5.1      Budget der Stadt Emden für das Haushaltsjahr 2024  
Vorlage: 18/0983/2

**Herr Jahnke** stellt die Änderungsliste zum Haushalt 2024 anhand einer PowerPoint-Präsentation vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

Bei der Vorstellung der Entwicklung des Personals teilt er mit, dass man im FB 500 insgesamt einen Mehrbedarf von fünf Stellen habe. Da dies zu einer erheblichen Abweichung im Stellenplan führe, würde Herr Grendel im Folgenden die Ursache ausführen.

**Herr Grendel** stellt anhand einer PowerPoint-Präsentation die Bewertung der Ergebnisse der Organisationsuntersuchung im FB 500 vor. Diese Präsentation ist ebenfalls im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

**Herr Renken** bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Hemken** bedankt sich für die ausführliche Darstellung. Bezugnehmend auf die Konnexität sagt er, dass die hohen Fallzahlen gerade im Bereich des Wohngeldes ein Problem seien, das man dem Land zu verdanken habe. Er fragt sich, wie man Druck auf die Landesregierung ausüben könne, da es so nicht weiter gehen würde.

**Herr Grendel** stimmt Herrn Hemken zu. Bei dem Wohngeld handele es sich um den Bund und bei der Eingliederungshilfe um das Land, dass das Verfahren entsprechend angepasst habe. In beiden Fällen habe die Stadt die personellen Folgen finanziell zu tragen. Seiner Ansicht nach gebe es zwei Perspektiven, die man hier anführen müsse. Zum einen würde man das Problem über die kommunalen Spitzenverbände in der Gemeinschaft gegenüber der Bundes- und Landesverwaltung deutlich machen. Wenn der Bund nun aber die Personalsteigerungen in dem Bereich abfragen würde und die Stadt personell nicht reagiere, dann sehe der Bund darin kein Problem. Die zweite wichtigere Perspektive sei, dass man den Menschen, die wohngeldberechtigt seien, ihren Anspruch erst nach 8 – 10 Monaten erfüllen könne. Diese hätten somit ein finanzielles Problem und würden ihren Unmut gegen die Kommune wenden. Dasselbe würde in der Eingliederungshilfe für Menschen mit Teilhabeeinschränkungen gelten. Hier befinde man sich im Evaluationsverfahren. Die Kommunen müssten belegen, dass der Schlüssel 1:150 nicht ausreiche. Weil man aber widerrechtlich auf Verfahrensschritte verzichte, um mit fast demselben Personal auszukommen wie vorher, sei das Land schlussendlich der Gewinner.

**Herr Bolinius** schließt sich dem Wortbeitrag von Herrn Hemken an. Er sehe die Notwendigkeit dieses Mehrbedarfes, da es sich am Ende nicht negativ auf die Emderrinnen und Emden auswirken dürfe.

**Herr Hegewald** sagt, er habe gehofft, dass die SPD-Fraktion, die Gruppe GRÜNE feat. Urmel sowie die FDP-Fraktion bereits mit ihren Bundestagsabgeordneten gesprochen hätten. Es würde seiner Ansicht nach nichts passieren, wenn man dort nicht appelliere diese Beschlüsse nicht zu fassen. Er bittet die Fraktionen noch einmal aktiv zu werden.

**Frau Winter** bezieht sich auf die anteilig refinanzierten 1,5 Stellen und möchte wissen, wie hoch der Anteil der Refinanzierung sei. Zudem habe man im letzten Jahr vorgestellt, dass die Baby-Boomer bis 2030 in Rente gehen würden und somit ein großer Anteil der städtischen Mitarbeitenden wegfielen. Sie fragt, wie die Verwaltung dies auffangen würde. Sie könne zurzeit noch nicht erkennen, wie die Stadt darauf hinarbeitet mit weniger Personal auszukommen.

## Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.11.2023

**Herr Grendel** entgegnet, dass man tatsächlich befürchten müsse, Stellen der Aufgabenerledigungen nicht mehr adäquat besetzen zu können. Es würden hier jedoch unterschiedliche Konzepte greifen. Seit fünf Jahren gebe es ein großes Konzept, bei dem man die Prozesse verschlanken möchte, damit Entscheidungen in Verwaltungen schneller getroffen werden könnten. Zudem gebe es sieben Großprojekte zum Thema Digitalisierung bei der Stadt, die ausführlich vorgestellt worden seien. Er erklärt, dass die Projekte, die zurzeit Aufwand bedeuten würden, in fünf bis sieben Jahren dazu führen, bestimmte Aufgaben auch mit weniger Personal bewältigen zu können. Bezugnehmend auf die anteilig refinanzierten Stellen teilt er mit, dass diese Gegenstand der Evaluation seien. Auf der Basis von 1:150 würde man im Moment 350 Tsd. € bekommen. Wenn die Forderungen der Kommunen akzeptiert würden, seien es mit 1:75 rund 700 Tsd. €, womit die Stellen voll finanziert wären.

**Herr Verlee** unterstreicht, dass es richtig sei den Mehrbedarf an Personal kritisch zu hinterfragen. Letztendlich würde es immer mehr Ausgaben, Steuern und Belastungen geben, weswegen man zusehen müsse, die Ausgaben der Stadt zu minimieren. Seiner Ansicht nach sollte man nicht mehr Personal einstellen. Die Verwaltung müsste intern umstrukturieren, da es durchaus noch freiwillige Aufgaben gebe, die nicht unbedingt wahrgenommen werden müssten.

**Herr Grendel** hebt vor, dass es deswegen eine vollumfängliche Untersuchung eines gesamten Fachbereiches durch einen Gutachter gegeben habe. Um es für den Rat entscheidbar zu machen, habe man die Empfehlung selbst noch einmal geprüft und sei so zu einer Minimalforderung gekommen. Der Aussage, Mitarbeitende einfach von a nach b zu setzen, um alles leisten zu können, erteile er eine klare Absage. Im FB 500 sei es ausgereizt und er könne das nicht mehr verantworten. Er befürchte, dass die Verwaltung einige Arbeitskräfte verlieren würde, sollten sie keine Erleichterung durch die Einstellung von zusätzlichem Personal erfahren.

**Herr Renken** sagt, das Konsolidierungsergebnis des FB 500 in diesem Haushalt würde 3,5 Mio. € betragen. Er möchte wissen, ob sich mit der Umsetzung der Mindestpersonalbesetzung etwas an dieser Zahl ändern würde.

**Herr Grendel** antwortet, man müsse unterscheiden, dass es mehrere Möglichkeiten der Einsparung gebe. Auf der einen Seite könne man mit dem vorhandenen Personal arbeiten, das die Arbeit dann in einer anderen Qualität mache, wodurch man im Aufwandsbereich bei den Auszahlungen deutlich höhere Ausgaben haben würde. Oder man vermeide den Aufwand auf der Sachkostenebene durch ein gutes Controlling und würde nur bedarfsgerecht Leistungen erbringen. Die letzten Jahre hätten bewiesen, dass der FB 500 trotz fast 30-prozentiger Aufwandssteigerung kein entsprechend gestiegenes Defizit gehabt habe. Es liege somit eine gute Steuerung und Refinanzierung vor. Die tatsächlichen Leistungen im Wohngeld würden direkt vom Bund bezahlt. Würde die Stadt also später handeln und den Bürgerinnen und Bürgern das Geld erst später zur Verfügung stellen, profitiere lediglich der Bund.

**Herr Strelow** unterstreicht, dass der Arbeitgeber gegenüber seinen Mitarbeitenden eine Fürsorgepflicht habe und man dem Mehrbedarf deshalb zustimmen müsse, damit die Qualität auch abgeleistet werden könne. Er appelliert an die Fraktionsvorsitzenden, bei den kommenden Haushaltsberatungen ein deutliches Signal an die Bundes- und Landtagsabgeordneten zu geben, dass die Leidensfähigkeit der Kommunen ihre Grenzen habe. Weiter möchte er wissen, ob die mittelfristige Umsetzung bedeute, dass man in zwei Jahren erneut vier neue Stellen benötigen würde. Zudem möchte er eine Aussage bezüglich der Stelle des Soziallotsen, die vom Land gefordert worden sei.

**Herr Grendel** entgegnet, dass er nicht sagen könne, ob er in Zukunft weitere Stellen fordere, da er nicht wisse, was die Landes- und Bundesgesetzgeber weiter fordern würden. Die Stellen, die

## Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.11.2023

unter mittel- und langfristig stehen würden, hätten einen großen Teil in der Qualität. Man versuche die Prozessqualität durch die Digitalisierung der Prozesse herzustellen. Zudem müsse man schauen, wie sich die Wohngeldfälle in der näheren Zukunft entwickeln würden. Es bestehe auch die Hoffnung, dass das BENi-Verfahren noch einmal deutlich vereinfacht werde. Weiter bestehe die Chance, die Eingliederungshilfe für die Kinder und Jugendlichen bis 18 Jahren im Rahmen der SGB-VIII-Reform mit der Jugendhilfe zusammenzuführen und sie damit in den eigenen Wirkungskreis zu integrieren. Des Weiteren erklärt er, dass der Verfahrenslotse im Rahmen des Betreuungs- und Jugendhilferechtes im FB 600 angeordnet worden sei. Hier würde es sich um eine gesetzliche Vorschrift handeln, diesen zusätzlich stellen zu müssen. Der Lotse würde den Berechtigten und Antragstellenden dabei helfen, sich bei den vielen Vorschriften und Zuständigen zurechtzufinden und auch zum Clearing beizutragen.

**Herr Mennenga** schließt sich Herrn Strelow an und drückt Zustimmung auch im Namen seiner Gruppe aus.

**Herr Verlee** unterstreicht, dass man die Bürgerinnen und Bürger auch vor der Überschuldung der Stadt Emden schützen müsse.

**Herr Jahnke** führt die PowerPoint-Präsentation weiter vor.

**Herr Renken** sagt, dass die Kreiskämmerin in Aurich davon gesprochen habe, dass das geplante Defizit bezüglich des Zuschusses für das Klinikum um 4,4 Mio. € geringer ausfallen würde. Er möchte wissen, ob das bei der Stadt Emden eingestellte Defizit von 8 Mio. € als Zuschussbedarf für 2024 bereits angepasst worden sei.

**Herr Jahnke** erklärt, dass der Wirtschaftsplan in der nächsten Woche im Aufsichtsrat verabschiedet werde und man nach vielen Jahren auch das erste Mal eine Verbesserung aufweisen könne. Da die Stadt jedoch nur einen 30-prozentigen Anteil und zusätzlich die Ergebnisabdeckung der Trägergesellschaft sowie das eigene MVZ im Wert enthalten habe, unterscheide es sich zum Landkreis Aurich. Wenn man also alles zusammenrechne, liege man für 2024 bei rund 8 Mio. €, mit einer Verbesserung zu diesem Jahr, in dem es deutlich über 9 Mio. € gewesen seien.

**Herr Mennenga** erklärt, dass die Musische Akademie stark von den Tariferhöhungen betroffen sei, welche bei 10,6 % liegen würden. Im Jahr 2024 sei für Kulturevents ein Zuschuss von 5.372.000 € geplant und füge man dort die 81.420 € hinzu, gebe es lediglich eine Steigerung von 1,52 %. Im Ergebnishaushalt würde die Änderung nur 0,25 % ausmachen. Er unterstreicht noch einmal, wie wichtig die Musische Akademie für die Bildung und persönliche Entwicklung der Kinder sei. Aktuell gebe es 2.200 Mitglieder, von denen ein großer Teil Kinder, auch an Grundschulen, seien. Seit 2019 bestehe die Vereinbarung die Musischen Akademie wegen der stattfindenden Tariferhöhungen zu unterstützen. Im Jahr 2020 habe es deswegen 30 Tsd. € gegeben und 2021, 2022 sowie 2023 jeweils 20 Tsd. €. Er würde es also begrüßen, die 81.420 €, die den Tariferhöhungen geschuldet seien, noch in den Haushaltsplan zu integrieren.

**Herr Hemken** sagt, dass er Herrn Mennenga grundsätzlich hinsichtlich der Bildung und persönlichen Weiterentwicklung der Kinder zustimmen würde, sich hier jedoch trotzdem gegenentscheide. Es sei ihm auch so dargestellt worden, dass es zusätzlich um eine Verwaltungsstelle gehen würde. Seiner Ansicht nach gehe es bei der Musischen Akademie darüber hinaus um insgesamt 630 Tsd. €, weswegen er nicht guten Gewissens zustimmen könnte.

**Herr Renken** hebt vor, dass er ein Problem mit dem Verfahren habe. Seiner Ansicht nach müsse der Vorstand der Musischen Akademie diese Anträge stellen.

## **Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.11.2023**

**Herr Verlee** unterstreicht, dass sich auch Wilke Held sehr für die Musische Akademie einsetze und der CDU-Fraktion die Wichtigkeit einer vernünftigen Aufstellung vor Augen geführt habe. Seine Fraktion habe den Mehrbedarf zum jetzigen Zeitpunkt nicht erkennen können, wolle sich im nächsten Jahr aber noch einmal genau mit den Zahlen auseinandersetzen.

**Herr Mennenga** entgegnet, dass sich die 81.420 € ausschließlich auf die stattgefundene Tarifierhöhung beziehen würden. Hier sei die zusätzliche Stelle noch nicht im Defizit enthalten. Zu dem Defizit würden allein die Inflationsausgleiche und die Erhöhung des Sockelbetrages gehören. Da er dem Vorstand der Musischen Akademie angehöre, sei dort kommuniziert worden, dass er den Antrag hier vorbringe. Er betont noch einmal, dass man der Musischen Akademie helfen müsse und sehe „Hilfe im Verzug“, sollten die 81.420 € schlussendlich fehlen.

**Herr Jahnke** entgegnet, dass die Stadt Emden der Musischen Akademie seit Jahren aushelfen würde, auch dann, wenn es eng werde. Seiner Ansicht nach könne es jedoch nicht sein, dass man bei jeder Deckungslücke auf die Stadt zukommen würde. Bei dem katastrophalen Haushalt sollte man kritisch untersuchen, ob man sich das noch leisten könne. Die Zuschüsse müssten insgesamt auch gerecht und in einem fairen Verhältnis zueinander verteilt werden. Er begrüße den Vorschlag, die Zahlen im nächsten Jahr noch einmal genauer zu betrachten.

**Herr Bolinius** bedauert, dass die Leitung der Musischen Akademie die Fraktionen nicht informiert und eingeladen habe, um gemeinsam über das Thema zu sprechen. Er habe ebenfalls ein Problem mit der Vorgehensweise der Anbringung dieses Antrags und sei deshalb dagegen.

**Herr Jakobs** bittet um eine Rückmeldung hinsichtlich der Entscheidungen der Politik bis zum nächsten Verwaltungsausschuss, sodass man eine entsprechende Haushaltssatzung entwerfen könne. Des Weiteren teilt er mit, dass es in der Ratssitzung die Möglichkeit geben würde, getrennt über einzelne Positionen abzustimmen.

**Herr Renken** sagt, seiner Ansicht nach gebe es nur zwei Punkte, über die möglicherweise einzeln abgestimmt werden müsste. Das sei zum einen der Änderungsantrag zur Musischen Akademie und zum anderen die Veränderung des Stellenplans um 4,85 Stellen.

**Ergebnis:** Verweisung an den Verwaltungsausschuss

TOP 6 Kapitalrücklage der Stadtwerke Emden GmbH  
Vorlage: 18/1056

**Herr Renken** erklärt, dass diese Vorlage jährlich in der letzten Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen aufkommen würde und es hier im Vergleich zum Vorjahr keine Änderungen gegeben habe.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden weist die Vertreter der Stadt Emden und die Vertreter der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH an, für das Abrechnungsjahr 2021 folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der steuerliche Vorteil aus der Gegenüberstellung des tatsächlichen SWE-Ergebnisses gegenüber dem fiktiven SWE-Ergebnis ohne den Betriebszweig ÖPNV wird zwischen der Stadt Emden und der Stadtwerke Emden GmbH zu gleichen Teilen aufgeteilt.

## Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.11.2023

2. Die abzuführende Konzessionsabgabe wird auf maximal 2,0 Mio. Euro festgelegt, sich ergebende Überschüsse werden in die Rücklage eingestellt.

Die Beschlüsse zu 1. und 2. bedürfen der jährlichen Bestätigung.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 7 Gründung der Komplementär-GmbH als persönlich haftende Gesellschafterin für die noch zu gründende PV-Freiflächenpark Emden Ost GmbH & Co. KG (Projektname)  
Vorlage: 18/1072

**Herr Hensmann** stellt die o. g. Vorlage vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

**Herr Strelow** begrüßt die PV-Anlagen, da sie gut zu den Klimazielen der Stadt Emden passen würden. Durch die Entwicklung erhoffe er sich positive Auswirkungen auf den Strompreis der Bürgerinnen und Bürger.

**Herr Verlee** ist der Ansicht, dass die Zukunft Emden GmbH mit 4 % an der KG beteiligt sei.

**Herr Hensmann** erklärt, dass die Zukunft Emden an der Komplementär-GmbH mit lediglich einem Prozent beteiligt sei, was sparkassenrechtliche Bedeutungen haben würde. An der KG sei sie mit 4 % beteiligt.

### **Beschluss:**

1. Die Vertreter der Stadt Emden und der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt, der Beteiligung der Stadtwerke Emden GmbH in Höhe von 50 % an der zu gründenden Komplementär-GmbH für die PV-Freiflächenpark Emden Ost GmbH & Co. KG (Projektname) zuzustimmen.
2. Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Zukunft Emden GmbH werden beauftragt, der Beteiligung der Zukunft Emden GmbH in Höhe von 1 % an der zu gründenden Komplementär-GmbH für die PV-Freiflächenpark Emden Ost GmbH & Co. KG (Projektname) zuzustimmen.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 8 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Emden vom 15.12.2011  
Vorlage: 18/0961

**Herr Behrens** stellt die o. g. Vorlage vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

**Herr Hemken** möchte wissen, ob für die Umsetzung eine weitere Stelle benötigt werde.

## **Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.11.2023**

**Herr Behrens** entgegnet, dass das vorhandene Personal lediglich andere Verwaltungsschritte durchführen müsse. Eine weitere positive Auswirkung sei ebenfalls die Einsparung der Bekanntmachungskosten in der Tageszeitung.

**Herr Bolinius** begrüße die Einsparung, die eine Umsetzung mit sich ziehen würde. Dennoch bedauert er, dass ihm das Amtsblatt nicht mehr wöchentlich zugeschickt werde und er somit auch vor allem aus den Nachbargemeinden keine Informationen mehr erhalte.

**Herr Renken** erklärt, dass das Amtsblatt des Landkreises Aurich auch weiterhin auf der Internetseite des Landkreises zur Verfügung stehen werde.

**Beschluss:** Der Rat der Stadt Emden beschließt die der Vorlage 18/0961 beigefügte 3. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Emden vom 15.12.2011.

**Ergebnis:** einstimmig

### **ANTRÄGE VON FRAKTIONEN & GRUPPEN**

TOP 9 Rats- und Ausschusssitzungen online - Reduzierung von aufwendigen Protokollen;  
- Antrag der CDU-Fraktion vom 27.09.2023  
Vorlage: 18/1036

**Herr Verlee** stellt den o. g. Antrag kurz vor. Er erklärt, dass die CDU-Fraktion dem Thema in der Vergangenheit sehr kritisch gegenübergestanden habe, nun aber im Wandel der Zeit erkennen würde, dass eine Digitalisierung durchaus Vorteile mit sich bringe.

**Herr Bakker** stellt die Stellungnahme der Verwaltung anhand der Vorlage ausführlich vor. Diese ist im Bürgerinfoportal unter <https://gremieninfo.emden.de/bi/info.asp> einsehbar.

**Herr Bolinius** unterstreicht, dass ihm Ergebnisprotokolle nicht ausreichen würden. Weiter teilt er mit, dass die FDP-Fraktion in den letzten Jahren mehrfach Anträge der Forderung von Livestreams gestellt habe, sie jedoch immer abgelehnt worden seien. Eine Einführung von Livestreams begrüße er also weiterhin.

**Herr Hegewald** unterstreicht, dass das Erstellen und auch das Lesen von Protokollen einen großen Aufwand darstellen würde. Er begrüße ebenfalls die Einführung von Livestreams, da man sich so von außerhalb zuschalten lassen könnte und sich wahrscheinlich mehr Menschen aus Emden an den Sitzungen beteiligen würden.

**Herr Verlee** spricht der Verwaltung für die detaillierte Stellungnahme ein Lob aus. Er würde eine Diskussion mit allen Fraktionen begrüßen, in der man eine künftige Vorgehensweise besprechen könne, um auch die Technik entsprechend aufzustellen. Bezugnehmend auf die Ergebnisprotokolle erklärt er, dass eine bessere Nachvollziehbarkeit durch die Archivierung der Livestreams sichergestellt sei. Ergebnisprotokolle würde es nur übergeordnet geben.

**Frau Winter** bedauert die Sicherstellung einer Videodatei als Alternative zum Protokoll. Bei der Einführung eines Livestreams habe sie eine gespaltene Meinung, man könne es aber diskutieren, sobald eine Vorlage dazu vorliegen würde.

## **Protokoll Nr. 19 über die Sitzung des Ausschusses für Finanzen und Beteiligungen am 30.11.2023**

**Herr Renken** bezieht sich auf die Aussage von Herrn Verlee, sich in den Fraktionen noch einmal über das Thema Videostreaming auszutauschen. Seiner Ansicht nach müsse man zeitnah über die Planung sprechen, da sie in die Gesamtplanung für die Umgestaltung des Ratsaales einfließen müsse.

**Herr Hegewald** fragt, wie es sich gestalten würde, wenn jemand nicht aufgenommen werden möchte.

**Herr Behrens** antwortet, dass der Stream in einem solchen Fall für den Moment, in dem das Ratsmitglied einen Wortbeitrag leiste, gestoppt werde. Er hebt vor, dass man die Planung gerne gemeinsam mit den Fraktionen diskutieren könne.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

TOP 10 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 11 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.